

Bericht über die Sitzung 2/2015 des Hauptausschusses am 25. Juni 2015 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

Leiter Büro Hauptausschuss im BiBB

Inhaltliche Schwerpunkte der Sommersitzung des Hauptausschusses, der unter Vorsitz von ELKE HANNACK tagte, waren die Initiativen zur Beratung und Gewinnung von Studienabbrecherinnen und Studienabbrechern für die Berufsausbildung, das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) und dessen mögliche Auswirkungen auf den Bildungsbereich und Bildungsdienstleistungen sowie die Vorbereitung auf die bevorstehende erneute Evaluierung des BiBB durch den Wissenschaftsrat.

Studienabbrüche

Dr. MARLENE LOHKAMP-HIMMIGHOFEN, BMBF, informierte über die Initiative »Neue Chancen für Studienabbrecher«. Ziel sei es, Studienabbrecher/-innen, Kammern, Betriebe und Hochschulen zusammenzubringen und auf diese Weise zu erreichen, dass Betroffenen neue Karrierechancen durch eine berufliche Ausbildung eröffnet werden. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) böten sich Möglichkeiten, ihren Fachkräftebedarf zu decken. BARBARA HEMKES, BiBB, stellte ein neues Projekt zur Attraktivität der beruflichen Bildung vor, das gemeinsam mit der Universität Maastricht durchgeführt wird. Mit einer Studierendenbefragung soll erkundet werden, wie berufliche Bildung zum einen als mögliche Alternative zum Studium (bei Studienabbruch), zum anderen als Entwicklungsoption (als Fortbildung nach dem Bachelor-Abschluss) wahrgenommen wird. KATHARINA KANSCHAT, die das Programm JOBSTARTER beim BiBB leitet, informierte über erste Eindrücke aus 18 Projekten zur Gewinnung von Studienabbrecherinnen und Studienabbrechern als Auszubildenden, die im Rahmen des Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER plus im Januar/Februar 2015 gestartet wurden. Entwickelt und erprobt werden sollen Rekrutierungsstrategien sowie Aus- und Weiterbildungsangebote in Zusammenarbeit mit KMU. Zugleich sollen entsprechende Beratungs- und Sensibilisierungsangebote geschaffen werden. JOHANNA BITTNER-KELBER, BMWi, wies ergänzend auf die Förderung und Unterstützung von KMU bei der passgenauen Besetzung von Ausbildungs-

plätzen hin, um spezifische Nachteile im Wettbewerb um Nachwuchskräfte auszugleichen und die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu erhalten; auch hier spiele die Gewinnung von Studienabbrecherinnen und Studienabbrechern eine Rolle.

Als größte Herausforderung wurde beschrieben, wie man potenzielle Studienabbrecher/-innen frühzeitig identifizieren und erreichen könne. Dr. BARBARA DORN, BDA, wies darauf hin, dass der Schwerpunkt der Bemühungen auf der Gewinnung von »Langzeitstudierenden« für die berufliche Bildung liegen sollte; bei allen anderen Personengruppen sei es bereits gelebte Praxis, bei Bedarf den Wechsel von einem Bildungsweg in einen anderen zu vollziehen. THOMAS GIESSLER, DGB, betonte, dass man das Angebot für Studienabbrecher/-innen diversifizieren und auch Karrierechancen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung von Anfang an mitbedenken solle.

Nach Ansicht von Prof. Dr. FRIEDRICH HUBERT ESSER, Präsident des BiBB, sollte man sich den Ursachen für die steigende Zahl der Studienabbrecher/-innen widmen. Wenn junge Menschen, die aus dem Studium aussteigen, gezielt in bestimmte Unternehmenstypen, Branchen und Berufe wechseln, müsse man sich die Frage stellen, warum sie diesen Weg nicht von Anfang an beschreiten. Vieles habe mit der Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien zu tun, die nicht zielkonform ausgerichtet sei; Berufsorientierung sollte viel stärker das Problem wachsender Studienabbrecherzahlen ins Visier nehmen.

TTIP

Laut BENJAMIN ZASCHE, BMWi, sollen mit TTIP Vorschriften und Regeln in der Wirtschaft Europas und der USA langfristig so gestaltet werden, dass sie besser zusammenpassen. Einen Abbau von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Standards werde es aber nicht geben. Vielmehr solle TTIP zu weltweiten Fortschritten bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten, Verbraucherschutz und Arbeitnehmerrechten beitragen. Im Bildungsbereich werde es nicht zu neuen Marktöffnungsregelungen kommen. Auf bestehende und künftige Förderstrukturen finde TTIP keine Anwendung. Im Übrigen werde völkerrechtlich sichergestellt, dass jede unter dem Dach von TTIP verein-

barte Liberalisierung auch wieder von einem der Vertragspartner rückgängig gemacht werden könne. Mit einem Abschluss der Verhandlungen könne frühestens 2016 gerechnet werden. In der Diskussion wurden neben vielen anderen Aspekten umfassende Transparenz über den weiteren Verlauf und Fortschritt der Verhandlungen angemahnt. ZASCHÉ machte auf die vielfältigen BMWi-Plattformen aufmerksam, die umfassende Informationsangebote bereithalten.

Re-Evaluation des BIBB durch den Wissenschaftsrat

Forschungsdirektor Prof. Dr. REINOLD WEIß zog einleitend eine Bilanz der Umsetzung der Empfehlungen, die der Wissenschaftsrat vor zehn Jahren bei seiner letzten Evaluierung gegeben hatte. Er stellte die aktuelle Positionierung der Forschung im BIBB vor, ging unter anderem auf die deutlich verstärkte Zusammenarbeit mit Hochschulen ein und machte die Leistungsbilanz anhand aussagekräftiger Indikatoren deutlich. Abschließend wies er auf mögliche Punkte hin, auf die man im Hinblick auf die Re-Evaluation achtgeben müsse.

Anschließend konstatierte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats im BIBB, Prof. Dr. DIETER TIMMERMANN, dass seit der Evaluierung 2005 sehr viel Positives im BIBB geschehen sei und eine ganze Reihe von Empfehlungen des Wissenschaftsrats erfolgreich umgesetzt worden seien. Das BIBB habe als Ressortforschungseinrichtung unterschiedliche Logiken von Wissenschaft, Politik und Praxis zu beachten und miteinander zu vereinbaren. Entscheidend sei, dass der Erkenntnisgewinn auf höchstmöglichem methodischem Niveau erfolge und die hierfür erforderlichen Organisationsstrukturen und -prozesse entsprechend gestaltet seien, um dies sicherzustellen. Um sich in der Forschungslandschaft einen Überblick über deren Einschätzung des BIBB zu verschaffen, habe er 21 Berufsbildungsforscher/-innen an Hochschulen Fragen zur Aktualität der BIBB-Forschung, zu ihrer wissenschaftlichen und politischen Relevanz, zum Theoriegehalt, zur theoretischen Innovativität und zur Innovativität von Umsetzungsvorschlägen sowie zur methodischen Qualität empirischer Forschungsarbeit gestellt. Auch wenn die Antworten unterschiedlich seien, habe man übereinstimmend angegeben, dass sich die Forschungsqualität in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert habe. Immer wieder sei betont worden, dass das BIBB im Gegensatz zu der auf viele Standorte verteilten universitären Berufsbildungsforschung den Vorteil habe, eine »attraktive Kommunikationszentrale« zu sein.

DQR

Im Hinblick auf die weitere bildungsbereichsübergreifende Zuordnung von Qualifikationen zum DQR beschloss der Hauptausschuss eine Empfehlung über die Zuordnung geregelter Fortbildungsabschlüsse zu den DQR-Niveaus vier, fünf, sechs und sieben. Die Empfehlung richtet sich an das BMBF, das aufgefordert wird, sich die insgesamt 27 Zuordnungsempfehlungen – eine Qualifikation auf Niveau vier, vierzehn auf Niveau fünf, acht auf Niveau sechs und vier auf Niveau sieben – zu eigen und zur Grundlage seines weiteren Vorgehens zu machen. In Bezug auf sieben weitere Verordnungen aus den Jahren 1977 bis 2004 bittet der Hauptausschuss das BMBF, an die Wirtschafts- und Sozialpartner heranzutreten und zu klären, ob eine Neuordnung erfolgen soll bzw. ob die Fortbildungsordnung überhaupt noch erforderlich ist, bevor eine Zuordnung zum DQR vorgeschlagen werden soll. Nach Einschätzung von Dr. VOLKER BORN, Vorsitzender der Arbeitsgruppe DQR/ECVET des Hauptausschusses, müsse man sich politisch verstärkt Gedanken darüber machen, wie man den DQR rechtlich verankern wolle.

Weitere Themen

BARBARA-CHRISTINE SCHILD informierte als zuständige Projektleiterin im BIBB über das Netzwerk Qualifizierung Elektromobilität (NQuE). Das Projekt werde vom BMBF gefördert und gemeinsam mit der RWTH Aachen und der TH Ingolstadt durchgeführt. Über zwei Datenbanken werde das auf Elektromobilität bezogene Aus- und Weiterbildungsgeschehen in der beruflichen Bildung und an Hochschulen dokumentiert. Nähere Informationen können über die Website des Netzwerks www.nque.de abgerufen werden.

Der Hauptausschuss stimmte den Verordnungen über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfte/-r Bilanzbuchhalter/-in, Geprüfte/-r Verkaufsleiter/-in im Lebensmittelhandwerk und der Verordnung über die Meisterprüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Pferdewirtschaftsmeister/-in in der jeweils vorgelegten Fassung zu.

Wegen der Rotation der Länderbeauftragten wechselten die bisherigen Mitglieder MONIKA WENZEL (Hessen), UWE BARTOSCHEK (Sachsen), RAINER SCHULZ (Hamburg) und MANFRED WARMBEIN (Bayern) für die kommenden vier Jahre auf die Stellvertreterposition. Als ihre Nachfolger/-innen wurden ROSE KÖPF-SCHULER (Baden-Württemberg), Dr. KRISTIN KÖRNER (Sachsen-Anhalt), MARION SEVERS (Bremen) und UDO PHILIPPUS (Thüringen) begrüßt. Neuer Beauftragter von Schleswig-Holstein ist MICHAEL FORNAHL. ◀